



## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0017/2016		<b>Datum:</b>	26.02.2016	
<b>Verfasser:</b>	02-SPD-Ratsfraktion	<b>Az:</b>			
<b>Gremienweg:</b>					
<b>17.03.2016</b>	<b>Stadtrat</b>	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP                      öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
<b>Betreff:</b>	<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD: Erweiterung GVZ/A 61</b>				

**Beschlussentwurf:**

Der Rat möge beschließen,

die Verwaltung wird beauftragt, bei der geplanten Erweiterung des GVZ/A 61 folgende Punkte umzusetzen:

- Festsetzung einer Abstandszone zur Wohnbebauung
- LKW-Verbot zwischen Rübenach und dem GVZ auf der L 125
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Rübenach durch Geschwindigkeitskontrollen an den Ortsein-/ausgängen und entsprechende bauliche Maßnahmen.
- Festsetzung einer Immissionsklasse für die Gewerbeansiedlungen
- Obergrenze von 60 ha für die Größe der Gewerbeansiedlungen im Untersuchungsgebiet.
- Kurzfristige Inbetriebnahme der Ortsumgehung.

**Begründung:**

Derzeit wird die öffentliche Diskussion über die geplante Erweiterung des Güterverkehrszentrums an der A 61 sehr emotional geführt. In der Rübenacher Bevölkerung herrscht große Besorgnis über ihren Stadtteil. Neben der Angst um eine ungezügelter Vergrößerung der Gewerbefläche bis an die bestehende Wohnbebauung heran, ist der Erhalt von Grün- und Ackerflächen eine Hauptforderung der Rübenacher Bürgerinnen und Bürger. Um evtl. Nachteile für den Stadtteil Rübenach von vornherein auszuschließen, sollen die o. g. Eckpunkte verbindlich in die Planung mit einfließen.